



Prof. Dr. Norbert Lammert  
Präsident des Deutschen Bundestages

**Rede**  
**auf der Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung**  
**zum Thema: „Nationale Identität in einer zusammenwachsenden Welt“**  
**am 16. November 2010 in Berlin**

Sehr geehrter Herr Vita,  
lieber Richard Schröder,  
verehrter Herr Bundeskanzler,  
meine Damen und Herren,

die Einladung dieser Stiftung zu diesem Thema ist eine doppelte Herausforderung, und ich freue mich, dass ich heute Abend an einem Gespräch mitwirken kann, zu dem schon die Einladungskarte einen interessanten Bogen aufmacht: Der Einladungstext spricht von Deutschen, von Europäern und von Weltbürgern, fragt nach nationaler Identität und internationaler Partnerschaft und sucht offensichtlich nach Verbindungen, mindestens nach Zusammenhängen. Dieses Thema interessiert mich seit vielen Jahren, und ich stelle mit einer gewissen Genugtuung – vielleicht von Resten früherer Frustrationen begleitet – fest, dass wir uns in jüngerer Zeit auf dem Weg zu einem Konsens über solche möglichen Zusammenhänge zu befinden scheinen, für den wir allerdings erstaunlich lange Zeit gebraucht haben.

Es gab Zeiten in Deutschland, da reichte das fröhliche Bekenntnis zu einer multikulturellen Gesellschaft als Nachweis der Weltoffenheit, der Toleranz und der Modernität völlig aus. Die Zeiten haben sich verändert und die Debatten auch. Ähnlich voreilig wie Multikulti seinerzeit für eine fraglose Errungenschaft gehalten wurde, wird sie nun für tot erklärt. Tatsächlich hätte man damals wie heute bei genauerem Hinsehen die Zweckmäßigkeit der Vorsicht entdecken können, die sich mit solchen geradezu dogmatischen Wertungen besser verbindet. Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und unter Berücksichtigung seiner demographischen Entwicklung sein muss, haben wir erst zur Kenntnis genommen, seit die Auswanderung neuerdings größer ist als die Einwanderung – bei Wissenschaftlern und Fachkräften, wie ja gerade heute noch mal mit eindrucksvollen Zahlen belegt worden ist, übrigens schon seit fünf Jahren. Begriffen haben wir das, was sich damit verbindet, in vollem Umfang offensichtlich noch immer nicht.



Die schwierige, verzögerte, teilweise auch schlicht verweigerte Debatte über Migration und Integration und der Zusammenhang des Einen mit dem Anderen war in Deutschland lange Zeit durch eine wechselseitige Realitätsverweigerung gekennzeichnet. Die Einen bestanden gegen die Wirklichkeit auf dem Postulat, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Die Anderen wiesen zu Recht darauf hin, Deutschland sei oder werde eine multikulturelle Gesellschaft und hielten diesen richtigen Hinweis – zu Unrecht – schon für ein Konzept im Umgang mit den damit verbundenen Herausforderungen und Problemen. Dass diese Stiftung vor wenigen Jahren ihren Nationalpreis der Herbert-Hoover-Realschule für die damals außergewöhnlich tapfere Entscheidung verliehen hat, Deutsch als verbindliches, gemeinsames Verständigungsmittel innerhalb und außerhalb des Unterrichts zu verwenden, ist ein Indiz für diese Form der Wirklichkeitsverweigerung. Und da manche das vielleicht nicht mehr in unmittelbarer Erinnerung haben, lohnt es daran zu erinnern, dass diese einmütige Entscheidung der Schulkonferenz, von Eltern, Lehrern und Schülern gemeinsam getragen, bei deutschen wie bei türkischen Medien in einer bemerkenswerten, unheimlichen Koalition den Vorwurf der Zwangsgermanisierung nach sich gezogen hatte. Ich bin Ihnen, lieber Herr Schröder, für Ihre Einleitung auch deswegen so dankbar, weil Sie jedenfalls nach meinem Empfinden, eine Reihe nicht nur amüsanter, sondern geradezu hoffnungslos richtiger Bemerkungen über tabuisierte oder verschleierte oder verdrängte Zusammenhänge gemacht haben, über die es ernsthaft nicht zu streiten lohnt, und will nun meinerseits den Versuch unternehmen, ein paar Bemerkungen zu machen, über die es sich vielleicht zu streiten lohnen könnte.

Die Debatte über nationale Identität, über kulturelle – auch und gerade religiöse – Grundlagen und Ansprüche unserer Gesellschaft ist offensichtlich leichter zu verweigern als zu führen. Sie war in Deutschland jedenfalls viel zu lange gekennzeichnet durch das sorgfältige Vermeiden von Festlegungen. Noch größer als die Sehnsucht nach allgemein verbindlichen Werten, nach Einsichten, die möglichst ein für allemal und immer gelten, noch größer als diese diffuse Sehnsucht ist der Unwille zu dauerhaften Bindungen. Und dies prägt das öffentliche Leben natürlich inzwischen nicht weniger als das Private. Es ist ganz schön, wenn es Dinge gibt oder gäbe, die ein für allemal gültig sind oder sein sollen oder sein könnten – aber noch schöner ist, wenn man sich selbst darauf nicht ein für allemal verpflichten muss.

Die multikulturelle Gesellschaft, in der wir zweifellos längst leben, schließt Verbindlichkeiten keineswegs aus, sondern setzt sie voraus. Ohne Gemeinsamkeiten erträgt eine Gesellschaft auch keine Vielfalt. Jede



Gesellschaft, auch und gerade jede moderne Gesellschaft, braucht ein Mindestmaß an gemeinsamen Überzeugungen, an gemeinsamen Werten, an allgemein verbindlichen Regeln, ohne die sie ihren inneren Zusammenhalt verliert. Die Verweigerung dieser Einsicht war nie eine besondere Form der Demut, sondern eher eine subtile Variante nationalen Hochmuts: als brauchten ausgerechnet wir Deutsche das nicht, was für jede beliebige andere Gesellschaft ganz offenkundig unverzichtbar ist: Gemeinsamkeit, Verbindlichkeiten, „Ligaturen“, wie es Ralf Dahrendorf mit der ihm eigenen Vornehmheit schon vor vielen Jahrzehnten, aber offenkundig nicht mit nachhaltiger Wirkung, postuliert hatte. „Wenn eine Gesellschaft multikulturell sein und zugleich ihre Identität nicht verlieren will,“ hat Kurt Biedenkopf vor vielen Jahren geschrieben, „braucht sie einen gemeinsamen roten Faden – eben eine Leitkultur.“ Nun könnte man den Rest des Abends ziemlich sicher allein mit einer vertieften Betrachtung des Begriffs der Leitkultur verderben angesichts seiner offenkundig begrenzten Eignung für eine zielführende Diskussion über die gemeinten Zusammenhänge. Ganz offenkundig erzeugt dieser Begriff vielfältige Assoziationen, er wirkt auf viele geradezu provozierend, und er ist ebenso offensichtlich auch mit einer Reihe von Missverständnissen verbunden, die man jedenfalls sorgfältig vermeiden sollte, wenn man an der Klärung der hier angesprochenen Zusammenhänge interessiert ist. Einen Vorteil

– mindestens – hat dieser Begriff: Er hat auch durch die auf Dauer gesetzte Empörung derjenigen, die ihn für gänzlich ungeeignet halten, am Ende die Debatte erzwungen, die man vorher sorgfältig vermeiden wollte.

Meine Damen und Herren, György Konrád, der große ungarische Schriftsteller, Träger des Aachener Karlspreises, dem diese Stadt, dem dieses Land insbesondere in seiner Zeit als Präsident der Akademie der Künste viel verdankt, hat einmal davon gesprochen, dass nach seiner Beobachtung und Erwartung sich Europa als „Nation neuen Typs“ entwickle. Ich persönlich bin davon nicht überzeugt. Ich glaube nicht, dass Europa unter den historischen Bedingungen, unter denen dieser Kontinent gewachsen ist, rational und vor allem auch emotional eine ähnliche Position gewinnen könnte, wie die Nationen im Bewusstsein der Menschen über Jahrhunderte eingenommen haben. Europa ist nötig, gar kein Zweifel, wird aber nur begrenzt Identifikation stiften. Und im Übrigen empfiehlt es sich, mindestens zur Kenntnis zu nehmen, dass auch und gerade in Zeiten der Globalisierung die Zahl der Nationalstaaten nicht sinkt, sondern steigt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat Europa mehr selbstständige Staaten als die Welt zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 hatte. Der Abgesang auf das Nationale ist auch unter diesem Gesichtspunkt mindestens eine Spur zu voreilig. Und ganz offenkundig hat das nicht nur etwas mit dem politischen Ehrgeiz von



Potentaten mit und ohne demokratische Legitimation zu tun, sondern vielleicht doch auch mit einem vitalen Bedürfnis, das sich nicht alle gleich und gleich gerne öffentlich eingestehen, das es aber gibt. Und im Übrigen: Die jetzt wieder ein wenig in den Hintergrund gedrängte, jedoch beachtliche Erfahrung, wen man in Zeiten der Fußballweltmeisterschaft 2006 auf deutschem Boden mit deutschen Fähnchen in der Hand erwischen konnte, ist ja mehr als eine Illustration dieses Zusammenhangs einschließlich der intellektuellen Camouflage, die dabei immer wieder zu beobachten war.

Es gibt ganz sicher so etwas wie „nationale Identität“, es gibt auch sicher so etwas wie „kulturelle Identität“. Das Eine wie das Andere ist gewiss nicht ein Befund, der sich ein für allemal machen ließe, sondern – eher etwas despektierlich formuliert – eine Baustelle, an der ständig weiter gearbeitet wird, mit auch jeweils sich verändernden Belegschaften. Dass wir Deutsche uns schwerer tun als andere, nicht nur diese Identität zu behaupten, sondern auch ein Identifikationsbedürfnis zu offenbaren, ist mit Blick auf die Verirrungen der jüngeren deutschen Geschichte nicht weiter erläuterungsbedürftig, aber einer der offensichtlichen Unterschiede im artikulierten Selbstverständnis dieses Landes im Vergleich zu den allermeisten – wenn nicht allen – unserer Nachbarn. Dabei gehört es zweifellos zu den Errungenschaften der jüngeren deutschen Geschichte, dass der dröhnende Nationalismus hierzulande chancenlos geworden ist und einer sehr viel bescheideneren, manchmal geradezu demütigen Haltung gewichen ist. Die Kehrseite davon ist die Übertreibung, dass wir uns gar nicht mehr so richtig trauen, uns zum eigenen Land, zu seiner Geschichte, zu seinen Leistungen zu bekennen, was uns übrigens immer häufiger – gerade auch von ausländischen Intellektuellen – kritisch vorgehalten wird. Rüdiger Safranski hat einmal gesagt: „Offenbar ist Deutschland ein Land, zu dessen Leitkultur inzwischen das Misstrauen gegen sich selbst gehört.“ Für dieses Misstrauen gibt es nachvollziehbare Gründe; es reicht als Ersatz oder als Begründung weder für nationale Identität noch für ein offenkundig vorhandenes Identifikationsbedürfnis aus.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin auf die Missverständlichkeit eines jetzt schon zweimal in Zitaten verwendeten Begriffs hingewiesen, der immerhin mit seiner provozierenden Wirkung einen erheblichen Beitrag zum Ingangsetzen dieser Debatte geleistet hat. Aber ich will doch, weil die Missverständnisse vielleicht nicht auf der Hand liegen, aber immer wieder auftreten, im Zusammenhang mit diesem Begriff, der auch in der Einladung ausdrücklich angesprochen wird, zwei Dinge voneinander unterscheiden: Was das Verhältnis von Kulturen zueinander angeht, so scheint mir ein Dominanzanspruch einer Kultur gegenüber einer oder allen anderen Kulturen



geradezu absurd, mindestens in hohem Maße unangemessen. Die großen Kulturen der Menschheitsgeschichte lassen sich mühelos in eine zeitliche Reihenfolge bringen. Der Versuch, sie in eine Rangfolge zu bringen, ist – freundlich formuliert – übermütig und entbehrt jeder intellektuellen Ernsthaftigkeit. Von diesem möglichen, aber natürlich nicht ernsthaft begründbaren Dominanzanspruch einer Kultur gegenüber anderen muss man den Geltungsanspruch einer Kultur in einer konkreten Gesellschaft trennen. Für eine konkrete Gesellschaft scheint mir der Geltungsanspruch einer bestimmten Kultur, also der ihr zugrundeliegenden Orientierungen und der von ihr reproduzierten Überzeugungen, völlig unverzichtbar. Richard Schröder hat dazu einmal gesagt: „Jede Kultur, die sich ernst nimmt, ist im Wortsinn eine Leitkultur.“ Nun erfolgt in deutschen Diskussionen zu diesem Thema, nicht nur, aber insbesondere dann, wenn es um die Begegnung von Kulturen im gleichen Land geht und dabei um die von den Einen für unverzichtbar gehaltenen Verbindlichkeiten, die die Anderen wiederum eher als Zumutung empfinden, regelmäßig der Hinweis auf unsere Verfassung, die doch genau das aufliste, was in dieser Gesellschaft gelte. Nicht mehr und nicht weniger, und mehr als das dürfe auch nicht für verbindlich erklärt werden. Dieser Hinweis ist ebenso richtig wie irreführend. Verfassungen setzen in Rechtsansprüche um, was in einer Gesellschaft an Überzeugungen gewachsen ist. Mit anderen Worten: Verfassungen fallen nicht vom Himmel, sie wachsen auch nicht aus der Erde, sondern sie sind das geronnene Ergebnis jahrzehntelanger, jahrhundertelanger Erfahrungen, die eine Gesellschaft mit sich selbst gemacht hat, mit ihrer eigenen Geschichte und mit dem Umgang mit den Ereignissen der eigenen Geschichte. Und mit Aussicht auf Erfolg können Verfassungen auch nichts anderes formulieren und postulieren, als die in einer konkreten Gesellschaft gewachsenen, entstandenen, begründeten, tradierten Orientierungen und Überzeugungen. Ohne solche kulturellen Wurzeln erodiert jede Verfassung. Zu glauben, die Architektur einer Verfassung werde allein durch die Rechtsnormen stabil, ist bestenfalls ein gut gemeintes Missverständnis. Ich will es etwas zugespitzt formulieren: Nicht Politik hält eine Gesellschaft zusammen, sondern Kultur. Weniger die juristisch verbindlichen Texte, sondern vielmehr die rechtlich diffusen, geschriebenen und ungeschriebenen Werte, Normen und Orientierungen. Und im Übrigen kann man ja in einer Reihe von Rechtsgebieten – Familienrecht, Sexualstrafrecht – sehen, wie sehr, wie unvermeidlich und manchmal auch wie erstaunlich schnell sich veränderte Wertvorstellungen und kulturelle Orientierungen in einer Gesellschaft in veränderten Rechtsnormen niederschlagen. Da prägen nicht die Rechtsnormen die Kultur, sondern die Kultur die Rechtsnormen. Und deswegen besteht aus meiner Sicht ein dringender Bedarf, dieses Kausalitätsverhältnis wieder oder neu zu entdecken, sich jedenfalls von der Illusion



zu lösen, das Eine habe mit dem Anderen nichts zu tun. Im Übrigen: ich teile auch überhaupt nicht die gelegentlich anzutreffende Vermutung, das sei ja alles in der Vergangenheit in traditionellen Gesellschaften, jedenfalls in den Zeiten vor der Globalisierung, zu beobachten gewesen, für postmoderne Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung aber nicht mehr gültig. Im Gegenteil, ich glaube, der Bedarf an Verbindlichkeiten, an Ligaturen ist in modernen oder gar postmodernen Gesellschaften eher größer, als das in der Vergangenheit der Fall war. Der Konsens über die Bedingungen für Dialoge und über die Bedingungen für das Zustandekommen von Verbindlichkeiten, insbesondere von verbindlichen Entscheidungen, ist die Voraussetzung der Konfliktfähigkeit einer Gesellschaft, die wiederum Voraussetzung der Möglichkeit von Freiheit ist. Eine Gesellschaft, die frei sein und Freiheit erlauben will, räumt damit notwendigerweise die Unvermeidlichkeit von Konflikten ein, die sie sich überhaupt nur erlauben kann, wenn Konsens darüber besteht, nach welchen Methoden diese Konflikte auszutragen sind. Nur autoritäre Regime brauchen keinen Konsens. Sie ersetzen durch Kommandos, was an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen in der Gesellschaft entweder nicht vorhanden oder nicht erwünscht ist.

Meine vorletzte Bemerkung gilt den Religionen. Dass dies eine knappe und ihrer Bedeutung nicht annähernd gerecht werdende Bemerkung bleiben muss, versteht sich durch den vorgegebenen Zeitrahmen von selbst. Aber ich glaube, die vorgetragenen Zusammenhänge wären in grober Weise unvollständig, wenn sie nicht um den Hinweis ergänzt würden, dass die wichtigsten, jedenfalls wirksamsten Faktoren und Agenturen der Bildung und Vermittlung von Werten und Überzeugungen in Gesellschaften nach wie vor Religionen sind. Für diese Beobachtung und Feststellung kommt es auf die eigene Begeisterung für Religionen überhaupt nicht an, sondern schlicht und ergreifend auf die Feststellung von Sachverhalten. Jürgen Habermas, der sich – Max Weber zitierend – ja selber als „religiös unmusikalischen Menschen“ bezeichnet hat, hat auf genau diesen zentralen Aspekt in seinem denkwürdigen Dialog mit dem heutigen Papst und damaligen Chef der römischen Glaubenskongregation Josef Ratzinger hingewiesen. Und die damals in diesem Dialog in der Münchener Akademie ausgetauschten, wechselseitigen und gemeinsamen Einsichten sind eine bis heute nachwirkende Verunsicherung der beiden „Fanclubs“ sowohl des Ratzinger- wie des Habermas-„Fanclubs“. Die Frage, ob Religionen mit dieser Funktion der Bildung und Vermittlung von Werten, von Orientierungen einer Gesellschaft einen Exklusivanspruch erheben wollen, ob sie dies dürfen und ob sie einen solchen Exklusivanspruch gegebenenfalls auch durchsetzen können, unterscheidet sie wiederum im historischen wie im aktuellen Vergleich nicht unwesentlich voneinander. Ich denke, wir haben Anlass, uns



mit zwei weltweit zu beobachtenden Übertreibungen auseinanderzusetzen, die ich beide nicht für Errungenschaften, sondern für Verirrungen halte. Das Eine ist die Anmaßung, religiöse Glaubensüberzeugungen mit fundamentalistischem Eifer zugleich zu unmittelbar geltendem staatlichen Recht zu erklären. Und das Andere ist die Leichtfertigkeit, religiöse Überzeugungen für irrelevant, belanglos oder unbedeutend zu erklären. Der zweite Irrtum ist nicht weniger gefährlich als der Erste. Er ist in unseren Breitengraden allerdings wesentlich weiter verbreitet. Nicht wenige deutsche Intellektuelle haben sich im richtigen Bemühen, dem ersten Irrtum entgegenzutreten, an der Beförderung des zweiten kräftig beteiligt.

Was heißt das für unseren Umgang mit Migration und der Notwendigkeit, Migranten, deren Kultur und deren nationale Identität in eine konkrete Gesellschaft zu integrieren, einzubeziehen – übrigens auch an der ständigen Fortentwicklung dieses Mindestbestandes an Gemeinsamkeiten, an Verbindlichkeiten gleichberechtigt zu beteiligen? Auch dazu einige Stichworte: Erstens, glaube ich, ist es schlicht wirklichkeitsnah, davon auszugehen und auch zu sagen, dass, wer nach Deutschland kommt – und statt Deutschland könnten Sie jetzt genauso Frankreich oder USA oder Japan oder China sagen – dass, wer nach Deutschland kommt, sich stärker an die hiesige Gesellschaft anpassen müssen, als die etablierte Gesellschaft an diejenigen, die hierher kommen. Das löst heute Abend nicht einmal mehr Empörung aus. Es gab Zeiten, da kam man nach einem solchen Hinweis nicht mehr unbeschädigt aus dem Saal. Zweitens: Natürlich sind die Grundrechte, sind die Prinzipien unserer Verfassung eine verbindliche Vorgabe für alle, die hier leben. Das gilt sowohl für die damit verbundenen Rechtsansprüche wie die sich daraus ergebenden Verpflichtungen. Aber es ist wirklich wiederum nötig, sich darüber klar zu werden, dass die Achtung der Grundrechte zu fordern alleine wohl nicht reicht. Jedenfalls dann nicht, wenn man Integration will. Zuwanderer müssen die Werte, die dieser Verfassung zugrunde liegen, auch leben und leben wollen. Sie müssen zum Beispiel ihren Kindern die Freiheit geben, sich Partner selbst wählen zu können, den ererbten Glauben fortzuführen oder nicht fortzuführen. Einen anderen zu übernehmen oder auch nicht. Sie müssen die Meinungsfreiheit und die Kunstfreiheit genauso ernst nehmen wie die Religionsfreiheit. Alles im Kontext unseres Verfassungsverständnisses schiere Selbstverständlichkeiten. Dass sie die gesellschaftliche Wirklichkeit ungefährdet prägen, wird man schwerlich für einen unbestreitbaren Befund erklären. Umgekehrt: Wenn wir Integration wollen und wollen müssen, weil wir Zuwanderung brauchen und wollen müssen, dann wird sich eben auch die deutsche Gesellschaft gegenüber Migranten weiter öffnen müssen. Sie muss nicht nur tolerieren, sondern für eine umgekehrte Selbstverständlichkeit halten, dass andere Traditionen,



andere Überzeugungen und gerade auch andere religiöse Orientierungen ihren sichtbaren Ausdruck in dieser Gesellschaft finden. Es ist vermutlich nicht ganz fern der Wirklichkeit zu vermuten, dass auf der einen wie auf der anderen Seite hier durchaus noch Entwicklungspotential besteht, wenn der Integrationseffekt tatsächlich zustande kommen soll.

Letzte Bemerkung: Nicht nur mit Blick auf die Zahlen, bei denen, wie vorhin bereits erwähnt, seit geraumer Zeit nicht mehr zu übersehen ist, dass der Saldo von Auswanderung und Einwanderung längst negativ ist, sondern insbesondere auch mit Blick auf Identität, Identifikation und Integration bin ich jedenfalls fest davon überzeugt: Das Problem in Deutschland ist ganz sicher nicht zu viel Einwanderung, sondern zu wenig Einbürgerung. Und das sind eben zwar zwei benachbarte, aber keineswegs identische Vorgänge. Uns gelingt es offenkundig nicht und schon gar nicht in hinreichendem Maß, das Eine in das Andere zu übersetzen. Und es gibt, zugespitzt formuliert, ein geradezu erschreckendes Defizit an genau dem Identifikationsbedürfnis mit diesem Staat, mit dieser Gesellschaftsordnung, bei genau dem Teil von Zuwanderern, die wir brauchen, die ein ausgeprägtes ökonomisches Interesse an Aufrechterhaltung dieses Lebensmittelpunkts haben, aber ein im Vergleich dazu genau so auffällig begrenztes Interesse an Integration in diesem gerade genannten Sinne, einschließlich der Bereitschaft zur Übernahme der deutschen Staatsangehörigkeit.

Von Kurt Tucholsky, meine Damen und Herren, gibt es den bemerkenswerten Satz: „Nie geraten die Deutschen so außer sich, wie wenn sie zu sich kommen wollen.“ Der Satz ist mehr als 80 Jahre alt, könnte aber für den heutigen Abend geschrieben sein. Mein Eindruck ist: Wir haben inzwischen mindestens den Punkt erreicht, an dem wir über dieses Thema und seine Implikationen reden können, ohne außer uns zu geraten. Ich nehme das als schönes Indiz dafür, dass wir demnächst auch zu uns kommen können.